

Niederschrift

Über die Sitzung des

Stadtrates

der Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge

Sitzungstag: 30. Juli 2009

Sitzungsort: Rathaus – Sitzungssaal

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Jürgen Zinnert

Niederschriftführer: Amtsrat Werner Seifert

Stadtratsmitglieder: StR. Joachim Beth -ab TOP 3 anwesend-
StRin. Gaby Dittmar
StR. Horst Friedrich
StR. Jürgen Hartmann
StRin. Katharina John
StR. Hans Kreuzer
StR. Wolfgang Kruhme
StR. Raimund Michel -bis TOP 5 anwesend-
StR. Udo Sauerstein
StRin. Dr. Ulrike Rosskopf
StR. Markus Scherm
StRin. Sandra Schiffel
StR. Richard Schneider
StR. Klaus Sowada

Entschuldigte Stadtratsmitglieder: 2.Bgm. Alexander Popp -Berufliche Gründe-
StR. Thomas Ledwolorz -Berufliche Gründe-

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 09. Juli 2009
2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Bad Berneck sowie Stellenplan und Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2009
3. Auftragsvergabe für die Erstellung der Standleitungen zu Wasserversorgungseinrichtungen
4. Vorstellung der Ergebnisse der Leerstandsanalyse der Gewerbeobjekte
5. Informationen

Vor Beginn der Sitzung besichtigte der Stadtrat um 18.00 Uhr das Hallenbad. Nach Aussage von 1.Bürgermeister Jürgen Zinnert soll der Ortstermin dazu dienen, sich über den Zustand der Einrichtung und der technischen Anlagenteile zu informieren. Durch die geplante Übernahme des Hallenbades durch den TSV Bad Berneck möchte 1.Bürgermeister Jürgen Zinnert nur möglichen Meinungen und Aussagen vorbeugen, dass gegebenenfalls bei einem vorzeitigen Ausbau von Gegenständen städtisches Eigentum verschleudert wird.

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 09. Juli 2009

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 09. Juli 2009 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift (öffentlicher Teil) gilt damit als genehmigt.

14 : 0 Stimmen

2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Bad Berneck sowie Stellenplan und Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2009

Die Stadt Bad Berneck befindet sich seit der Erstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband in der Phase der Umsetzung der dort angesprochenen Punkte und Einsparungspotentiale. So beginnen die seinerzeit ersten Maßnahmen zu greifen und anfängliche Umsetzungserfolge werden deutlich. Diese Bemühungen wurden im vergangenen Jahr auch dadurch gewürdigt, als die Stadt Bad Berneck eine Haushaltskonsolidierungshilfe in Höhe von 400.000,- € in Form einer Bedarfszuweisung ausbezahlt bekommen hat. Vornehmliches Ziel der Haushaltskonsolidierung ist nach wie vor eine Verminderung der Belastung durch aufgenommene Darlehen und den damit verbundenen Zins- und Tilgungsleistungen. Dies wiederum soll die entsprechenden Freiräume schaffen, um dann gestärkt gewisse Gestaltungsräume geöffnet zu bekommen. Die Einhaltung des Konsolidierungskonzeptes wird streng überwacht und bei entsprechender Ausgaben- disziplin bestehen durchaus berechtigte Hoffnungen, dass auch in diesem Jahr eine Haushaltskonsolidierungshilfe gegen Jahresende ausbezahlt werden könnte. Diese Hoffnung ist allerdings nur vage und kann daher keinen zahlenmäßigen Eingang in den Haushaltsplan finden.

Im Frühjahr des Jahres 2009 wurde im Stadtrat das Fremdwassersanierungskonzept, welches sich vorerst bis zum Jahr 2023 erstreckt, vorgestellt und verabschiedet. Dieses zeigt in deutlicher Form auf, wo auch in künftigen Jahren die Schwerpunkte der Arbeit der Verwaltung liegen werden. So müssen, um die Grundlagen für einen Kläranlagenneubau vorzubereiten, noch erhebliche Investitionen in die Sanierung von Kanals-trängen getätigt werden, um den Fremdwasseranteil entsprechend zurückzudrosseln. Damit einhergehend ist es dann gleichzeitig zumeist auch notwendig und sinnvoll, dass

die Wasserleitungen und Straßenbeläge ebenfalls mit erneuert werden. Diese Aufgabenerfüllung wird auch von den der Stadt Bad Berneck vorgesetzten Behörden erwartet und gefordert. Insoweit stand die Vorstellung des Haushaltsentwurfes beim Landratsamt Bayreuth als zuständiger Genehmigungs- und Rechtsaufsichtsbehörde unter dem Licht der Darlegung der notwendigen Zwänge und Erfordernisse. Die Notwendigkeit der aufgenommenen Maßnahmen und Projekte konnte in nahezu allen Fällen unschwer vermittelt werden.

Die Stadt Bad Berneck hat von der Möglichkeit der Beantragung von Mitteln und Zuwendungen aus dem Konjunkturpaket II Gebrauch gemacht und dort zwei Maßnahmen angemeldet gehabt: die energetische Sanierung des Rathauses und die Verrohrung des Heinersreuther Baches. Eines der beiden Projekte war dann tatsächlich insoweit von Erfolg beschieden, dass eine Förderung für die Bachverrohrung in Aussicht gestellt worden ist. Bei einer Förderung von rund 57 % allein für die Bachverrohrung hat sich allerdings bei aller Freude der Umstand ergeben, dass die Förderung prozentual wesentlich niedriger ausfällt als bei einer energetischen Sanierung und vor allem die damit einhergehenden ebenfalls anfallenden Arbeiten (Kanalleitungsbau, Wasserleitungsbau und Straßenbau) gar nicht beziehungsweise nicht im gleichen Umfang gefördert werden mit der Folge, dass die Baukosten erheblich über den ursprünglich anvisierten Ansatz hinausgehen.

Das Jahr 2008 war vor allem bundes- und weltweit gekennzeichnet durch das Auftreten der globalen Finanzkrise, die auch in Deutschland tiefe Wunden und Gräben hinterlassen hat. Insbesondere die Auswirkungen auf die Wirtschaft, den Handel und das Gewerbe und auf den Bankensektor sind in ihrer vollen Tragweite bis heute nicht abschließend absehbar. Die öffentliche Hand hat in ihrer Bemühung gegensteuernde Maßnahmen zu ergreifen, um weiteres Unheil zu vermeiden, tief in die Taschen der Steuerzahler greifen müssen und es wird etliche Jahre dauern, bis unter Zugrundelegung positiver wirtschaftlicher Erwartungen diese Ausgaben auch nur annähernd kompensiert sein dürften. Bereits heute klagen eine unüberhörbare Zahl von Gemeinden über rapide Einbrüche von Gewerbesteuern im Jahr 2009. Die Stadt Bad Berneck blieb davon zumindest, was den aktuellen Zahlenstand dazu angeht, noch relativ glimpflich verschont, aber es steht zu befürchten, dass vor allem im nächsten Jahr eine erhebliche Verschlechterung unumgänglich werden wird. Wenn ein Unternehmen wie die Firma Popp/Reitz/Düwi, welches seit Jahrzehnten vor Ort als Arbeitgeber und Steuerzahler das Wirtschaftsleben nachhaltig gestaltet hat, Insolvenz anmeldet und sämtliche Arbeitnehmer entlässt, so ist dies nur ein Indiz für die Brisanz der gegenwärtigen Lage und ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Umfeldes. Dass ein anderer Investor auf die Schnelle sogleich auf den Plan tritt und einen gleichwertigen Ersatz bilden kann, dürfte wohl leider eher unwahrscheinlich sein.

Die Gewerbesteuer als Indikator für wirtschaftliche Entwicklungen bleibt gegenüber dem Vorjahr erfreulicherweise abgesehen von geringen Abschlägen mit einem Ansatz von 1.000.000,- € annähernd gleich hoch, wobei zu hoffen bleibt, dass nicht unerwartete und unvorhersehbare Rückzahlungsverpflichtungen dieses Ergebnis zunichte machen. Die Grundsteuer B bleibt mit einem Ansatz von 539.000,- € auf dem bisherigen Niveau, gleiches gilt für die Grundsteuer A mit 30.100,- €. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist ebenfalls annähernd gleich hoch wie 2008 mit 1.368.950,- €. Aufgrund der vorstehenden Entwicklungen muss hier in der Zukunft ebenfalls mit Einbußen kalkuliert werden. Die Einkommensteuerersatzleistung beläuft sich stabil auf 103.550,- € und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gibt mit 157.200,- € leicht nach. Deutlich rückläufig fallen die Schlüsselzuweisungen mit 793.300,- € und somit

fast einer Viertelmillion Euro weniger aus. Trotz dieser nicht vollkommen negativen Bilanz des Verwaltungshaushaltes kann nur eine Zuführung von 202.850,- € an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden, was somit den gesetzlich vorgeschriebenen Maßgaben nicht entspricht, wonach zumindest die Höhe der Tilgungsleistungen erwirtschaftet werden müsste.

Im Vermögenshaushalt sind es insbesondere die Fortführung und Beendigung der Maßnahme Carl-Thiesen-Straße und der Heinersreuther Weg mit jeweils Kanalbau, Wasserleitungsbau und Straßenbau, die einen Großteil der veranschlagten Kosten in Höhe von 3.966.250,- € ausmachen. Zudem stehen dort Tilgungsleistungen in Höhe von 678.200,- € zur Leistung an.

All diese Zahlensummierungen erbringen in der Gesamtheit das Ergebnis, dass nicht alle vorgesehenen Ausgaben durch die zu erwartenden Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes gedeckt werden können und somit unter dem Strich sich die Notwendigkeit einer Neukreditaufnahme ergibt. Diese fällt mit einem Betrag in Höhe von 2.606.800,- € aus und wird sich in Folgejahren in Form von Zins- und Tilgungsleistungen bemerkbar machen, wobei das derzeit niedrige Zinsniveau in dieser Hinsicht noch sein Gutes hat. Gerade im Hinblick auf die Vielzahl der noch bevorstehenden Projekte im Pflichtbereich bei den leitungsgebundenen Einrichtungen werden die nachfolgenden Jahre nach wie vor schwierig zu bewältigen sein. Deshalb muss das Bewusstsein für die Erkenntnis, was den Pflichtaufgaben und was den freiwilligen Aufgaben zugerechnet werden muss noch schärfer unterstrichen werden und alle Maßnahmen, Ideen, Projekte und Aktionen im freiwilligen Bereich einer kritischeren Hinterfragung unterzogen werden. Es muss bei alledem das Bestreben und der strikte Willen vorhanden sein, die Vorgaben der Ansätze der Haushaltsstellen einzuhalten oder noch besser zu unterschreiten und alle Einsparungspotentiale vollends auszuschöpfen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf schließt für das Jahr 2009 im

	Verwaltungshaushalt mit	7.051.200 €
und im	Vermögenshaushalt mit	3.966.250 € ab.

Der Vorbericht zum Haushalt enthält weitere detaillierte Ausführungen, aus denen entsprechende Einzelpositionen entnommen werden können. Die Schulden und Rücklagen sind aus den entsprechenden Aufstellungen zu ersehen; gleiches gilt für das dem Haushalt beigefügte Investitionsprogramm.

Im Anschluss an die Vorstellung der einzelnen Daten nehmen die Stadtratsmitglieder Hans Kreutzer, Richard Schneider und Sandra Schiffel zu einzelnen aus Sicht der Fraktionen wichtigen Schwerpunkten des Haushaltsplanes Stellung. Insbesondere weist Stadtrat und Finanzreferent Hans Kreutzer auf das hohe Defizit bei den Kanal- und Wasserleitungsgebühren hin und bittet hier um entsprechende Aufklärung.

Daran anschließend beschließt der Stadtrat den Erlass der folgenden Haushaltsatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2009 mit den darin enthaltenen Ansätzen und Abschlusszahlen. Der von der Verwaltung erstellte Stellenplan für die städtischen Beamten sowie die Stellenübersicht für die städtischen tariflich Beschäftigten wird ebenfalls beschlossen. Weiterhin stimmt der Stadtrat dem Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für die Jahre 2008 bis 2012 zu.

HAUSHALTSSATZUNG

der

STADT BAD BERNECK i. Fichtelgebirge
Landkreis Bayreuth

für das Haushaltsjahr

2009

Aufgrund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern erlässt die Stadt Bad Berneck i. F. folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 7.051.200,- €
und

im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 3.966.250,- €
ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 2.606.800,- € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuern**

a) für die land- und forstwirtschaftlichen
Betriebe (A)

360 v. H.

b) für die Grundstücke **(B)**

360 v. H.

- 6 -

2. Gewerbesteuer

350 v. H.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **1.175.200,00,- €**

festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Die Haushaltssatzung tritt am 01. Januar 2009 in Kraft.

14 : 0 Stimmen

3. Auftragsvergabe für die Erstellung der Standleitungen zu Wasserversorgungseinrichtungen

In der Wasserversorgungsanlage der Stadt Bad Berneck sind derzeit schon Standleitungen für die Übermittlung von Daten installiert. Es handelt sich dabei im einzelnen um Leitungen zwischen der TWA Heinersreuth und dem Pumpwerk Kalte Staude, der TWA Heinersreuth und dem Hochbehälter Bärnreuth, der TWA Heinersreuth und dem Hochbehälter Heinersreuther Berg und der TWA Heinersreuth und dem Hochbehälter Escherlich. Über diese Leitungen erhalten die Wasserwarte entsprechende eventuell auftretende Störmeldungen auf ihr Handy, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können und die Fehler zu beheben. Diese Standleitungen waren bislang von der Deutschen Telekom angemietet. Die Deutsche Telekom hat eine fristgemäße Kündigung der entsprechenden Verträge zum September 2009 vorgenommen.

Dieser Umstand hat die Situation heraufbeschworen, dass nach Alternativen Ausschau gehalten werden musste. Dazu wurde das Ingenieurbüro SRP aus Kronach angehalten mit dem Ergebnis, dass dafür plädiert worden ist, für die Durchführung der Maßnahme eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen. An dieser beschränkten Ausschreibung nahmen teil die Firmen Elektrotechnik Plauen GmbH, BN Automation AG Ilmenau und AllTec Automatisierungs- und Kommunikationstechnik Borna. Die beschränkte Submission war am 16.07.2009 und erbrachte nach Überprüfung und Nachrechnung folgendes Ergebnis.

BN Automation AG

27.366,91 €

Das Ingenieurbüro SRP empfiehlt daher die Vergabe an die wenigstnehmende Firma BN Automation AG Ilmenau.

Der Stadtrat der Stadt Bad Berneck beschließt aufgrund der vorhergehend erfolgten beschränkten Ausschreibung die Vergabe des Gewerkes Umstellung der Kommunikationsverbindungen für die Wasserversorgungslage an die wenigstnehmende Firma BN Automation AG, Gewerbepark „Am Wald“ 5a, 98693 Ilmenau, zum Angebotspreis von 27.366,91 € entsprechend dem abgegebenen Leistungsverzeichnis vom 13.07.2009.

Vor einer schriftlichen Auftragsvergabe wird aber die Verwaltung zunächst beauftragt, nochmals mit der Firma BN Automation AG und dem Ing.-Büro Schneider & Partner Kontakt aufzunehmen, um evtl. durch den Einbau von zusätzlichen Modulen weitere Optimierungen auch im Hinblick auf den Neubau der Kläranlage erreichen zu können.

14 : 1 Stimmen

4. Vorstellung der Ergebnisse der Leerstandsanalyse der Gewerbeobjekte

Im Rahmen eines Praktikums hat die Studentin Hanne Müller in enger Zusammenarbeit mit Frau Stadträtin Sandra Schiffel eine Leerstandsanalyse für gewerbliche Objekte erarbeitet. Mittels power-point Präsentation stellt Stadträtin Sandra Schiffel Ausschnitte aus der Leerstandsanalyse vor. Mit der Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, und der Ausarbeitung soll sich zunächst der Stadtentwicklungsausschuss befassen.

Der Stadtrat nimmt hiervon einstweilen Kenntnis.

5. Informationen

a) Ferienprogramm 2009

Im Zusammenhang mit der Erstellung und der Umsetzung des Ferienprogrammes 2009 dankt 1.Bürgermeister Jürgen Zinnert allen Beteiligten, insbesondere Stadtrat und Jugendreferent Wolfgang Kruhme, für die geleistete Mitarbeit.

b) Geschwindigkeitsbeschränkung auf der B 303

1.Bürgermeister Jürgen Zinnert gibt bekannt, dass nach einem Gespräch mit Herrn Schenkel von der Polizeiinspektion Bayreuth-Land die Geschwindigkeit auf der B 303 innerhalb des geschlossenen Ortsbereiches auf Grund der sich ergebenden neuen Verhältnisse (durchgehende Bebauung u.ä.) von 60 km/h auf 50 km/h reduziert wird. Die entsprechende Anordnung wird hierzu das Landratsamt Bayreuth als zuständige Straßenverkehrsbehörde erlassen. Mit der Umsetzung der Maßnahme ist im August 2009 zu rechnen.

Der Stadtrat nimmt hiervon Kenntnis.

c) Kontrolle fließender Verkehr

1. Bürgermeister Jürgen Zinnert informiert den Stadtrat, dass am heutigen Tag die ersten Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden sind. Die Kontrolle des fließenden Verkehrs brachte folgende Ergebnisse:

Eichendorffstraße	25 Fahrzeuge	0 Verstöße
Maintalstraße	95 Fahrzeuge	18 Verstöße
B 303 in Höhe ALDI	720 Fahrzeuge	6 Verstöße
Rotherstraße	390 Fahrzeuge	62 Verstöße

Dem Stadtrat dient dies zur Kenntnis.

Zum Schluss des öffentlichen Teils wird folgender Hinweis gegeben:

Stadtrat Raimund Michel

Stadtrat Raimund Michel kommt auf die Überwachung des ruhenden Verkehrs zu sprechen und regt in diesem Zusammenhang an, durch die Ausgabe von entsprechenden gebührenpflichtigen Ausweisen Parkerleichterungen für soziale Einrichtungen, Gewerbetreibende und Handwerker zu schaffen. Der Bauausschuss möge in seiner nächsten Sitzung hierüber beraten.